

Antrag

**der Abgeordneten Eschmann, Dröscher, Dr. Müller-
Emmert, Dr. Lohmar, Schmitt-Vockenhausen, Schwabe,
Bauer (Würzburg), Börner, Frau Kerspeter, Porzner,
Wellmann, Schmidt (Braunschweig) und Fraktion
der SPD**

**betr. Rechtsstellung und soziale Sicherung der bei
den Alliierten Beschäftigten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. mit den Vertragspartnern des „Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen“ unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die nach Artikel 56 des Zusatzabkommens geminderten Rechte dem allgemeinen deutschen Recht anzugleichen.

Insbesondere sollen

- a) der Anspruch auf tatsächliche Beschäftigung,
- b) der Kündigungsschutz,
- c) der Abschluß von Tarifverträgen,
- d) die Rechte der Personalvertretungen

entsprechend den deutschen Bestimmungen gestaltet werden;

2. dem Deutschen Bundestag darüber zu berichten, welche Maßnahmen sie im Hinblick auf die soziale Sicherung der bei den Alliierten Beschäftigten, insbesondere der älteren Arbeiter und Angestellten, getroffen hat.

Berlin, den 13. Januar 1965

Unterschriften umseitig

**Eschmann
Dröschner
Dr. Müller-Emmert
Dr. Lohmar
Schmitt-Vockenhausen
Schwabe
Bauer (Würzburg)
Börner
Frau Kerspeter
Porzner
Wellmann
Schmidt (Braunschweig)
Erler und Fraktion**